

c/o philippinenbüro e.V. im Asienhaus
Bullmannau 11
D-45327 Essen

Projektinformationen

Stand: August 2007

Action Network Human Rights - Philippines

Telefon
0049 [201] 830 38 28

Fax
0049 [201] 830 38 30

e-Mail
philippinenbuero@asienhaus.de

Das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen hat am 1. August 2007 die Arbeit aufgenommen. Ziel des Projektes ist es, durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit auf Entscheider und Multiplikatoren in Deutschland und EU zu wirken um zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in den Philippinen beizutragen.

Durch die Koordination und Organisation von Publikationen, Veranstaltungen und Lobbyaktivitäten wird das politische Gewicht der kirchlichen Hilfswerke ergänzt, gebündelt und gestärkt.

Trägerorganisationen des Bündnisses sind Brot für die Welt, der Evangelische Entwicklungsdienst (EED), Misereor, Missio-München. Das philippinenbüro e.V. im Asienhaus und die Vereinte Evangelische Mission (VEM).

Hintergründe

Aus den letzten Präsidentschaftswahlen vom Mai 2004 ging Amtsinhaberin Gloria Macapagal-Arroyo mit 40 Prozent der Stimmen als Gewinnerin hervor. Bei ihrer erneuten Amtseinführung stellte Macapagal-Arroyo ein 10-Punkte-Programm ihrer Präsidentschaft vor, das besonders stark auf eine Verbesserung der sozialen Lage im Land (Schaffung von Arbeitsplätze, Verbesserung der Schulausbildung und Ausbau der Strom- und Wasserversorgung) sowie den Abschluss des Friedensprozesses im Süden des Landes ausgerichtet ist. Die Umsetzung des 10-Punkte Programm ist jedoch bisher in weiten Teilen mangelhaft.

Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo befindet sich nach Hinweisen auf Wahlfälschung, massiven Korruptionsvorwürfen und einer allgemeinen Missachtung der Menschenrechtssituation seit Frühjahr 2005 in einer Dauerkrise. Politischen Protesten, Mobilisierungen und Putschgerüchten begegnete sie mit Einschnitten in Bürgerrechte. Außerdem wurde das politische Umfeld und Regierungskabinet umgestellt und mit sicherheitspolitisch orientierten Hardlinern verstärkt.

Die soziale Situation ist durch deutliche Unterschiede zwischen arm und reich gekennzeichnet. Noch immer spielt



Großgrundbesitz für wirtschaftliche und politische Macht im Land eine entscheidende Rolle.

Während die Philippinen alle wichtigen internationalen Menschenrechtskonventionen und Verträge unterzeichnet haben, werden diese politisch ungenügend umgesetzt. Schwere Menschenrechtsverletzungen sind weit verbreitet und die allgemeine Menschenrechtssituation hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Insbesondere die Zahl der politischen Morde und das Verschwinden von politisch Aktiven Personen hat zugenommen. Die Opfer sind kritische und investigative Journalist/innen, Mitglieder der maoistischen Partei *Bayan Muna*, Kirchenleute, radikaldemokratische Zivilgesellschaftler/innen, Gewerkschafter/innen, Lokalpolitiker/innen oder Landreformaktivist/innen. Viele Partnerorganisationen kirchlicher Hilfswerke und anderer hiesiger Nichtregierungsorganisationen sind bereits betroffen. In den meisten Fällen fahren die maskierten Täter auf Motorrädern oder Kleinlastern vor, erschießen das Opfer und flüchten unbehelligt. Den Anschlägen gehen Morddrohungen und in vielen Fällen Beobachtung durch Verbindungsleute von Sicherheitsdiensten voraus. Bisher ist es in nur wenigen Fällen zu Verhaftungen gekommen und in keinem zu Verurteilungen der mutmaßlichen Drahtzieher in Politik, Militär, Polizei oder Großgrundbesitz.

Hohe Anzahl politischer Morde

Amnesty International berichtet über 66 politische Morde im Jahr 2005. 2006 wurde diese Zahl bereits Anfang September erreicht. Die Menschenrechtsorganisation *Karapatan* zählt insgesamt 864 politisch motivierte Morde zwischen dem Amtsantritt von Präsidentin Arroyo 2001 und Mai 2007, die Tageszeitung *Philippine Daily Inquirer* hingegen 251 von 2001 bis Ende September 2006. Die philippinische Regierung bezeichnete Ende September 2006 bloß 110 Morde als politisch motiviert.

Nach Angaben des *Committee to Protect Journalists* (New York) wurden 2006 in den Philippinen sieben Journalisten ermordet – mehr als in jedem anderen Land außerhalb des Irak. In dem aktuellen *Worldwide Press Freedom Index* von *Reporters sans Frontières* (Paris) belegt das Land daher nur noch Platz 142 von 167, noch hinter Russland, Algerien und Äquatorialguinea. Weiterhin wurden 2006 sieben Kirchenleute ermordet, seit Anfang 2001 sind es 41.

Die politischen Morde sind in den Philippinen an sich nicht neu – bereits während des Kriegsrechts der Marcoszeit zwischen 1972 bis 1981 gab es viele politische Morde. Politische Partikularinteressen auf lokaler, wie auf nationaler Ebene sind seit

vielen Jahren Ursache für politische Morde und andere Menschenrechtsverletzungen.

Anschläge auf politisch Aktive

Neu ist jedoch die Zunahme an Morden vor dem Hintergrund politischer Proteste gegen die Präsidentin seit März 2005. Außerdem wird inzwischen deutlich, dass nun neben der Zunahme an Morden an Aktivisten/innen maoistisch affiliiertes NRO, denen Beziehungen zur bewaffneten Guerillaarmee *New People's Army* (NPA) nachgesagt wurden, nun auch verstärkt Aktivisten/innen anderer, pluralistisch orientierter linker Gruppierungen und legaler maoistischer NRO, betroffen sind. Eine Mordserie an Pfarrern der *United Church of Christ of the Philippines* (UCCP) hat u.a. mehrere kirchlich-zivilgesellschaftliche Kampagnen gegen die politischen Morde angestoßen und in Folge großer Medienresonanz den Druck auf die Regierung erhöht. Ebenfalls festzustellen ist eine Zunahme von verschwundenen Personen, wie der Aktivist Jonas Burgos, der im April 2007 spurlos verschwand.

Die maoistische *Communist Party of the Philippines* (CPP) spricht von einer gezielten Mordkampagne und baut nun ihrerseits Todesschwadronen auf, um die Täter mitsamt ihren Hintermännern zu bestrafen. Seit Januar 2007 gab es mehrere Berichte von durch die „revolutionäre Justiz“ liquidierten Politikern. Zeitgleich kündigte die Regierung an, ihren Krieg gegen den bewaffneten Arm der CPP, die *New People's Army* (NPA), auch durch den verstärkten Einsatz von paramilitärischen Kräften zu führen. Diese Besorgnis erregenden Entwicklungen weisen auf eine zunehmende Militarisierung und eine weitere Evolution im jahrzehntelangen Konflikt zwischen NPA und Militär hin.

Nichtstaatliche Akteure wie bewaffnete und Vigilante-Gruppen, die oft im Auftrag von politischen lokalen Partikularinteressen von Bürgermeister, Clan-Führern oder politischen Familien agieren, sind für eine große, bisher nicht ausreichend dokumentierte Zahl an politischen Morden verantwortlich. Das dies möglich ist, ist Ausdruck des rechtlosen Raumes, in dem Täter und kriminelle Netzwerke mit mächtigen politischen Beziehungen agieren.

Die Regierung hat in Folge wachsenden nationalen und internationalen Drucks 2006 drei Maßnahmen zur Aufklärung durchgeführt: Die Gründung der *Task Force Usig*, die Gründung der *Melo-Kommission* und den *Press Freedom Fund*. Anfang 2007 wurden diese, auf öffentlichen und internationalen Druck in Folge der Untersuchungen des UN Sonderberichterstatters für außergerichtliche Hinrichtungen, Philip Alston, hin, durch einen Sechs-Punkte-Plan der Präsidentin

ergänzt. Diese Maßnahmen konnten jedoch bisher weitere Morde nicht verhindern und es gibt weit verbreitete Kritik unter philippinischen Menschenrechtsorganisationen an ihrer Umsetzung: Die Untersuchungen würden sich eher an der Suche und Verurteilung von Sündenböcken als an dem Kampf gegen die Auftraggeber der Morde orientieren. Die Regierung versucht auf internationaler Ebene den Anschein zu erwecken, das Problem aktiv anzugehen. Bis heute ist jedoch keine Verbesserung spürbar und Personen aus Militärkreisen, die in Vergangenheit immer wieder mit politischen Morden in Verbindung gebracht wurden, bleiben von juristischen Konsequenzen unbehelligt.

Deutlich festzustellen ist im Gegenteil die Beförderung von hohen Offizieren aus Polizei und Militär, von denen sich nicht wenige durch Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen ausgezeichnet haben, in gehobene politische Positionen. Bis Anfang 2007 waren mindestens 24 ehemalige Offiziere in gehobene Regierungs- und Verwaltungspositionen befördert und/oder als Kandidaten bei den bevorstehenden Senats- und Kongresswahlen aufgestellt worden.

Bürgerrechte und Terrorbekämpfung

Am 15. Juli ist der sogenannte *Human Security Act* in Kraft getreten. Das Gesetz legt den Schwerpunkt der Terrorismusbekämpfung nicht auf die Wurzeln sozio-ökonomischer Konflikte, sondern auf die Sicherheit des Staates vor Subversion militanter

Gruppen und ermöglicht weitreichende Maßnahmen: Des Terrorismus verdächtige Personen können nun umfassend beobachtet, abgehört und überwacht, ohne Haftbefehl und auf Grundlage anonymer Hinweise bis zu drei Tage lang verhaftet, auf ihre Bankguthaben und Vermögen kann zugegriffen, bzw können sie beschlagnahmt werden. Das Gesetz weckt Erinnerungen an die Zeit des Kriegsrechts während der Marcos-Diktatur: Politische Aktivist/innen, Journalist/innen, Kirchenleute und Politiker/innen fürchten die Gefahr der Kriminalisierung kritischer Stimmen, da dem Gesetz eine sehr breite Definition des Terrorismusbegriffs zugrunde liegt. Sowohl Frauen als auch Männer sind von Menschenrechtsverletzungen betroffen. Unter den 50 von amnesty international im ersten Halbjahr 2006 dokumentierten Fällen von politischen Morden befanden sich sieben Frauen, davon zwei Mitarbeiterinnen von Frauenrechtsgruppen. Unter den 690 von Karapatan zwischen Anfang 2001 und Juni 2006 dokumentierten Fällen waren 74 Frauen. Somit sind schätzungsweise 10-15% der Opfer Frauen. Etwa ein Dutzend dieser waren Frauenrechtsaktivistinnen oder Mitglieder der Parteiliste Gabriela Women's Party. Vereinzelt werden auch Ehefrauen oder Partnerinnen von politischen Aktivisten in Anschlägen getroffen, wie im Falle von Alice Claver, der Ehefrau des Arztes Dr. Chandu Claver oder Agnes Abelon, die gemeinsam mit ihrem Ehemann, dem Anakpawis Koordinator Amante Abelon ermordet wurde.

Aktionsbündnis Menschenrechte - Philippinen

c/o Philipp Bück, **philippinenbüro** eV im Asienhaus
Bullmannaue 11
45327 Essen
www.menschenrechte-philippinen.de

philippinenbuero@asienhaus.de
Tel 0201 8303828, Fax 0201 8303830

Trägerkreis



Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Misereor, Missio-München, philippinenbüro e.V. im Asienhaus, Vereinte Evangelische Mission (VEM)